



SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund

www.sgb.ch

Flughafenstreik in Genf

Gewonnen – nach 11 Tagen Streik!

Nach elf Tagen Streik sind die Beschäftigten der Firma Swissport am Genfer Flughafen am 13. Januar zur Arbeit zurückgekehrt. Und nicht mit leeren Händen. Die Arbeitsbedingungen werden spürbar verbessert.

Fernand Quartenoud, Redaktor des SGB/ea

2010 begann am Genfer Flughafen kämpferisch. Gleich bei zwei Firmen streikte das Personal zu Jahresbeginn. Mit „Dnata“ konnten die Streikenden nach zwei Tagen eine Einigung finden, bei „Swissport“ dauerte der Streik elf (!) Tage. Dann erst kam das Unternehmen den vor allem vom VPOD, aber auch vom SIT, der Unia und weiteren Gewerkschaften sowie von Einzelpersonen unterstützten Streikenden ausreichend entgegen. Folgende Verbesserungen konnten die Streikenden erreichen:

- Krankheitsbedingte Abwesenheit von der Arbeit: es werden nicht mehr, wie bisher, in den ersten 3 Tagen 20 Prozent vom Lohn abgezogen.
- Grundlohn: Anhebung um 40 Franken sowie um eine Extraprämie von 100.-.
- Nacht- und Sonntagsarbeit: Erhöhung des Taxpunktwertes um 35 Rappen/Stunde.

Insgesamt entsprechen die vereinbarten Massnahmen einem Plus von rund 190 Franken im Monat. Sie liegen damit weit über dem Rahmen, den das Unternehmen zuerst zugestehen wollte. Der VPOD weist denn auch zurecht darauf hin, dass das Ergebnis ein grosser Erfolg und nur „der Entschlossenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken“ sei. In der Tat: während elf Tagen dauerndem Druck zu widerstehen, zeugt von tiefer Solidarität und einem ebenso tief verankerten Bewusstsein, gemeinsam Gerechtes einzufordern. In der schweizerischen Arbeitskonfliktsgeschichte nimmt dieser Streik deshalb schon jetzt eine bedeutende Stellung ein.

Trotz diesem sehr guten Ausgang: mit einer idyllischen Zukunft ist am Genfer Flughafen nicht zu rechnen. Der VPOD weist darauf hin, dass eine immer entfesseltere Konkurrenz zwischen den Flugunternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen würde und deshalb zu dauernden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führe. Und das könnte dann erneut in Protest münden. In gerechten und – hoffentlich – erfolgreichen.